

Der Bürgermeister verweist auch auf die heutigen Tischvorlagen der Fraktionen von SPD, CDU und FDP.

Herr Tandler nimmt zu seinem Antrag Stellung. Die Thematik sei von einer solchen Brisanz und werde dermaßen in der Öffentlichkeit auf unterschiedlichen Ebenen diskutiert, sodass auch der Rat sich hiermit zu beschäftigen habe. Man habe deshalb alle kritischen Punkte zusammengefasst, die im Landtag zu berücksichtigen seien. Ihm sei bekannt, dass das Gesetz zur Zeit überdacht wird und hoffe, dass man Änderungen in wesentlichen Punkten vornehmen werde. Bezugnehmend auf das Schreiben der CDU erklärt Herr Tandler, dass im Gegensatz dazu der Vorschlag der SPD nicht als Resolutionsentwurf zu verstehen gewesen sei, sondern als Anschreiben an den Ministerpräsidenten. Die FDP nehme offensichtlich die Realität nicht wahr. Ihr Schreiben enthalte überwiegend Verben, die den Gesetzentwurf lobend hervorheben.

Herr Fürst erklärt, dass das Gesetz sehr viel beinhalte, was noch zu diskutieren sei. Dies könne heute nicht geschehen, Deshalb hält er es für sinnvoll, die Angelegenheit in den zuständigen Fachausschuss zu verweisen.

Herr Diwo setzt darauf, dass etliche Änderungsvorschläge der Kommission noch Berücksichtigung finden werden. Er habe den Eindruck, dass viele, die sich an der Diskussion beteiligten, den Gesetzentwurf nicht in Gänze kennen würden. Deshalb sehe man sich außerstande, heute dem Vorschlag der SPD zu folgen, insbesondere deshalb, weil man inhaltliche Probleme mit den dargelegten Gründen habe. Im übrigen fragt er nach der Dringlichkeit. Auch der Fachausschuss könne sich des Themas annehmen. Wünschenswert wäre zu wissen, wie sich konkret die Auswirkungen für Eitorf darstellten.

Der Bürgermeister verneint deutlich den Vorschlag von Herrn Diwo, „aus drei eins zu machen“. Hierzu sei er aus dem Stand nicht in der Lage, zumal erst kurz vor der Sitzung Kenntnis über alle drei Vorschläge erlangt habe.

Herr Tandler macht noch einmal deutlich, dass hier Kindergärten, Träger und Eltern betroffen seien und Handlungsbedarf bestehe. Nicht umsonst würden 200 Eltern auf dem Markt gegen den Gesetzentwurf demonstrieren.

Herr Dehnert erklärt, dass ihm heute ein „halbes Buch“ als Tischvorlagen präsentiert worden sei. Dies müsse erst einmal durchgearbeitet werden. Im übrigen sei er der Meinung, dass Resolutionen grundsätzlich kurz zu fassen und nach Möglichkeit einstimmig zu verabschieden seien.

Herr Tandler verweist auf den Grünen-Antrag vom 3.8. zu diesem Thema. Herr Duldhardt habe am 9. Juni einen Antrag gestellt. Er müsse doch davon ausgehen, dass sich die Fraktion der Grünen damit beschäftigt hätten. Im übrigen sei der Bürgermeister der zuständige Dezernent. Dementsprechend sei ihm zu unterstellen, dass auch er sich mit der Thematik befasst habe. Ziel sei ein Brief an den Ministerpräsidenten, in dem deutlich dargelegt werden, weshalb sich beispielsweise Kindergärten in Eitorf Sorgen machten. Vorstellbar wäre, Vertreter der Kindergärten einzuladen und konkret deren Befürchtungen und Eindrücke abzufragen.

Der Bürgermeister verweist auf die Expertenanhörung zum Gesetzesentwurf. Hierbei habe sich Nachbesserungsbedarf ergeben, dem man nun Rechnung tragen wolle. Grundsätzlich sei dies doch positiv zu werten.

Herr Müller erklärt, dass sich Teile des SPD-Schreibens auf einen Referentenentwurf beziehen, der bereits lange überholt sei. Wolle man Eltern aufklären, solle man sich nicht auf Halbwahrheiten stützen. Gerade dies führe zur Verunsicherung der Eltern.

Herr Tendler weist dies entschieden zurück. Die im Schreiben dargelegten Fakten seien hochaktuell.

Herr Langer beantragt, das Thema in den Rat am 10. Oktober zu vertagen und dort zu diskutieren. Außerdem könne auch der JASA genutzt werden, um tiefer in das Thema einzusteigen. Die Anträge der einzelnen Fraktionen sollten für heute zurückgezogen werden.

Herr Tendler ergänzt den Vorschlag dahingehend, im Vorfeld mit den Trägern, Kindergärten etc. Gespräche zu führen und sich die Probleme vor Ort darlegen zu lassen. Die Ergebnisse sollten in das Schreiben an den Ministerpräsidenten einfließen.

Herr Kretzschmar kritisiert, dass man es sich zu leicht mache und das Thema auf den Bürgermeister abwälze. Auch die Fraktionen seien gefordert, einen gemeinsamen Entwurf zu erarbeiten.

Herr Fischer verweist auf das Gesetzgebungsverfahren. Die Entscheidungsträger säßen nicht in Eitorf sondern in Düsseldorf. Jeder müsse seine Kontakte nutzen, um auf die dortigen Entscheidungsträger einzuwirken.

Herr Langer begrüßt die Ergänzungen von Herrn Tendler und schlägt vor, die konkreten Auswirkungen von Kibiz für Eitorf darzulegen. Da möglicherweise gesteigertes Interesse an einer solchen Ratssitzung in der Bevölkerung bestehe, schlägt Herr Bellinghausen vor, die Sitzung im Bürgerzentrum abzuhalten.

Der Bürgermeister verweist auf die Vorlage an den JASA. Dort sei klipp und klar dargelegt, dass konkrete Auswirkungen für Eitorf noch gar nicht absehbar seien und vieles noch im Unklaren liege. Dies sei auch aus verschiedenen Stellungnahmen abzuleiten.

Herr Duldhardt geht auf die Vielzahl von öffentlichen Aktionen und Stellungnahmen gegen die Auswirkungen von Kibiz ein. Dieser öffentliche Druck mache es erforderlich, dass auch der Rat als oberstes Gremium in der Gemeinde die lokale Betroffenheit signalisiere. Man könne auch alle Kindergärten an einen Tisch holen, um diesen einmal ein geordnetes Forum zu bieten und sich die Sorgen anzuhören. Es müsse ein Signal gesetzt werden, dass man zusammenstehe.

Gegen Ende der längeren Aussprache fasst der Bürgermeister das Beratungsergebnis zusammen. Auf seine Frage ziehen die Fraktionen von SPD, CDU und FDP ihre Anträge bzw. Stellungnahmen für heute zurück. Bürgermeister Dr. Storch formuliert schließlich folgenden Beschluss: